

Modernisierung von Öffentlichkeitsbeteiligung durch Deliberation?

Online-Workshop zum rechtlichen Rahmen und zur institutionellen Praxis kommunaler
Öffentlichkeitsbeteiligung in Polen und Deutschland

Überblick

Die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in Entscheidungsprozesse mit Hilfe von Konsultationsverfahren ist in den Kommunen Europas mittlerweile mehr und mehr eine Routineaufgabe. Die öffentliche Verwaltung initiiert diese Form der Öffentlichkeitsbeteiligung, um damit zusätzliche Expertise und mehr Legitimität für Entscheidungen zu gewinnen, aber häufig auch aufgrund rechtlicher Vorgaben, die solche Beteiligungsprozesse vorschreiben. Gleichzeitig ist es nach wie vor eine offene Frage, wie diese Prozesse so gestaltet werden können, um diese Ziele möglichst effektiv zu erreichen.

Einer der (prominenteren) Vorschlägen zur Verbesserung der Qualität von Öffentlichkeitsbeteiligungen zielt darauf ab, in solchen Verfahren stärker Standards der Deliberation umzusetzen. Deliberative Öffentlichkeitsbeteiligung folgt einem klar strukturierten Prozess und legt dabei Wert auf Standards wie Offenheit (z.B. durch Bereitstellung von Informationen), Inklusion (z.B. durch gezielte Rekrutierung oder anonyme Beteiligung), Reflexivität (z.B. durch argumentbasierte Diskussion) und Reziprozität (z.B. durch respektvolle Interaktionen). Bislang ist jedoch unklar, inwieweit sich solche deliberativen Normen oder Standards auch in den rechtlichen Vorgaben für die Öffentlichkeitsbeteiligung wiederfinden beziehungsweise inwieweit sie in der institutionellen Praxis der Öffentlichkeitsbeteiligung tatsächlich Anwendung finden.

In den letzten zwei Jahren hat sich eine Deutsch-Polnische Forschungsgruppe der Universitäten Warschau und Düsseldorf¹ mit diesen Fragen beschäftigt. Dazu wurden systematisch die rechtlichen Regelungen der verschiedenen politischen Ebenen (EU, Bund, Bundesländer, Kommunen) im Hinblick darauf untersucht, inwieweit diese bestimmte Vorgaben zur Durchführung von Öffentlichkeitsbeteiligung festlegen, insbesondere im Hinblick auf solche deliberativen Normen. Die Erkenntnisse werden ergänzt mit Interviews aus bis zu 18 Kommunen in jedem der beiden Länder, um zu ergründen, wie Öffentlichkeitsbeteiligung vor Ort durchgeführt wird, welche deliberativen Standards dabei schon umgesetzt werden und wie öffentliche Konsultationen in Zukunft verändert werden könnten. Die Ergebnisse erlauben einen einzigartigen Einblick in die Praxis der kommunalen Öffentlichkeitsbeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in beiden Ländern.

Mit der Veranstaltung sollen die Erkenntnisse der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und zusätzlich ein Raum für den Austausch von Erfahrungen und die gemeinsame Diskussion darüber geboten werden, wie sowohl der rechtliche Rahmen, als auch die Praxis vor Ort verbessert werden können. Die Veranstaltung ist öffentlich, richtet sich aber insbesondere an Vertreterinnen und Vertreter aus kommunaler Politik und Verwaltung, die mit der Gestaltung und Durchführung von Bürgerbeteiligung betraut sind.

¹ Diese Forschung wurde durch die Unterstützung der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung (grant number 2018-22) ermöglicht.

Termin & Agenda

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, 22. April, 9:00 Uhr bis 13:00 Uhr, ausschließlich online statt. Während der Veranstaltung wird simultan in Polnisch und Deutsch übersetzt.

Die Teilnahme ist kostenlos. Bitte melden Sie sich mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse unter folgendem Link an: <https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSdm64e1W-zOX2rd3VVCaBwbmLgv5YxhDgwscFYPTVVS2xcmRw/viewform>

Donnerstag 22. April 2021

08:45 Anmeldung, Einrichten der Technik

09:00 Begrüßung durch die OrganisatorInnen

09:15 Panel I: Rechtliche Aspekte der Öffentlichkeitsbeteiligung in der EU, Polen & Deutschland

Präsentation der Ergebnisse der Forschungsgruppe aus einer Analyse der rechtlichen Regelungen für Öffentlichkeitsbeteiligung auf Ebene der Europäischen Union, der Nationalstaaten, der Regionen sowie der Kommunen in Deutschland & Polen (Jun.-Prof. Dr. Tobias Escher, Universität Düsseldorf)

- Kommentare durch RechtsexpertInnen aus Deutschland und Polen
 - Theresa Witt (Legal Counsel)
 - Szymon Osowski (Citizens Network Watchdog Poland)
- offene Diskussion

10:45 Pause

11:15 Panel II: Die Praxis der Öffentlichkeitsbeteiligung in Polen & Deutschland

Präsentation der Ergebnisse der Forschungsgruppe aus Interviews mit Verwaltungsmitarbeitenden aus mehr als 30 Kommunen in Deutschland und Polen dazu, wie Konsultationen durchgeführt werden und welche Rolle deliberative Elemente dabei spielen (Dr. Anna Przybylska, Universität Warschau)

- Einschätzungen von ExpertInnen für lokale Bürgerbeteiligung in Polen & Deutschland
 - Prof. Dr. Marta Bucholc (Universität Warschau)
 - Jörg Sommer (Berlin Institut für Partizipation, Berlin)
- offene Diskussion

12:45 Schlußwort

13:00 Ende der Veranstaltung

Organisation

Dr. Anna Przybylska
Centrum Deliberacji, Instytut Socjologii
Uniwersytet Warszawski
ul. Karowa 18
00-927 Warszawa, Poland
a.przybylska@uw.edu.pl

Jun.-Prof. Dr. Tobias Escher
Institut für Sozialwissenschaften
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Universitätsstraße 1
40225 Düsseldorf, Germany
tobias.escher@uni-duesseldorf.de